



Antwort zur Anfrage Nr. 1241/2025 der FDP-Stadtratsfraktion betreffend
Städtepartnerschaft Mainz-Kigali (FDP)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Sind der Verwaltung die Verletzungen von Menschenrechten, Gewalt, Vergewaltigungen, Vertreibung und Missbrauch in Ruanda bekannt? Wenn ja, hat dies Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft mit Kigali und kann die Städtepartnerschaft mit Kigali nach Auffassung der Verwaltung unter diesen Bedingungen aufrechterhalten werden?***

Der Verwaltung sind die von der Bundesentwicklungsministerin in Bezug auf das Konfliktgebiet im Osten der Demokratischen Republik Kongo benannten Vorwürfe bekannt. Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft mit Kigali ergeben sich nicht, da es sich um eine Graswurzelpartnerschaft handelt, die maßgeblich von bürgerschaftlichem Engagement und Mainzer Bildungsinstitutionen getragen wird. Ziel ist die Stärkung der ruandischen Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene. Insgesamt trägt aus Sicht der Verwaltung die Partnerschaft mit Kigali dazu bei, Menschenrechte in Ruanda zu stärken, sie kann und sollte aufrechterhalten werden.

- 2. Fanden kulturelle oder wirtschaftliche Aktivitäten mit dem Regime unter Präsident Paul Kagame, der aus Kigali stammt, im Rahmen der Städtepartnerschaft in den letzten vier Jahren statt? Wenn ja, welche Bedeutung hatte dabei die Einhaltung von Menschenrechten?***

Es fanden keine kulturellen oder wirtschaftlichen Aktivitäten mit der ruandischen Regierung statt. Ende 2024 wurde unter Beteiligung des Leiters der städtischen Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LSBTIQ in Mainz ein Treffen von Aktivist:innen aus Ruanda und Mainz durchgeführt, in dessen Anschluss ein gemeinsames Projekt geplant, aber aufgrund der Situation ab Februar 2025 vorerst nicht umgesetzt wurde. Dieses Projekt zielt auf die Stärkung von Menschenrechten in Ruanda ab. Weitere städtische Projekte gab es in den letzten vier Jahren nicht.

Mainz, 31. August 2025

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister